

die deutschen Delegierten bereits am 25. April in Versailles eintreffen. Sie können schon mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten, da sie zum Teil nicht in Berlin sind, frühestens am 28. erst abreisen, sobald die Ueberreichung des Textes des Präliminarfriedens kann vor dem 1. oder 2. Mai erfolgen dürfte. Sie werden zunächst nur von wenigen Sachverständigen begleitet sein, in erster Linie von Vertretern der Behörden und Finanzbelegierten, doch wird dafür Sorge getragen sein, daß der in Aussicht genommene 40köpfige Rat, sofern die Möglichkeit besteht, daß er in Versailles in Aktion tritt, in kurzer Zeit dorthin beurlaubt werden kann. Zunächst hat es allerdings nicht den Anschein, daß es dazu kommen wird. Deutscherseits ist ferner auch beabsichtigt, die deutsche Presse hinzuzuziehen, und zwar sollen gleich mit dem ersten Zuge fünf bis sieben Vertreter mit nach Versailles gehen, denen, falls die Verhandlungen das rechtfertigen, später weitere folgen werden.

Dr. Gradnauer zur Staatsverfassung

Dresden, 21. April. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat im Namen des sächsischen Staatsministeriums an den Präsidenten der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Selbstständigkeit der Gliedstaaten empfindlich einschränkende Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung Einspruch erhoben wird. Die sächsische Regierung gestützt auf die Mehrheit der Volkskammer und in sachlicher Uebereinstimmung mit den Regierungen Bayerns, Württembergs und Badens, warnt darin vor einer Ueberwindung der Zentralisation und ersucht dringend um Wiederherstellung des Regierungsentwurfes zunächst in Artikel 15 der Verfassungsvorlage, wonach die Gliedstaaten berechtigt sind, sich im ganzen oder in Teilen zusammenzuschließen, während nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses die Aufteilung durch einfaches Reichsgesetz erfolgen kann. Sachsen muß in seinem und des Reiches Interesse, so heißt es in dem Schreiben, auf den Fortbestand eines ungeteilten starken und leistungsfähigen Preussens entscheidenden Wert legen. Das Reich dürfe nicht in das Glend der mittelalterlichen Staaterei zurückfallen. Der Ministerpräsident verlangt sodann in verschiedenen Artikeln die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und macht zu einzelnen Punkten neue Vorschläge und Forderungen. Das Schreiben schließt: Sachsens Regierung und Volkskammer wissen sich frei von partikularen Eingriffen und bekennen sich treu zur Schaffung einer starken Reichsgewalt. Sie begrüßen daher die Bestimmungen, durch die die Einheit des Reiches gestärkt werden soll, aber sie glauben auch an ein Recht auf Beachtung ihrer Sorgen und Wünsche zu haben, wo die Bestimmungen des Regierungsentwurfes in verletzender Weise das Gedeihen des sächsischen Staates beeinträchtigen und seinen Bestand gefährden.

Die „A. N.“ bemerken hierzu: Der Staat Sachsen kann nur gedeihen, wenn das Reich seine Lebensnotwendigkeiten geltend machen kann. Die Vorschläge, die kühnlich schlagelagene Versuche Bayerns, so etwas wie eine selbständige Politik neben dem Reiche zu treiben, sollten nicht gerade zur Nachahmung reizen. Und trotzdem glaubt Herr Gradnauer, die Reservate des sächsischen Obrigkeitstaates in den Volksstaat mit hinüberretten zu können. Wenn es weiter auf diesem Wege geht, dann wären allerdings die vielgerühmten „Errungenschaften der Revolution“ in Gefahr. In Gefahr gebracht allerdings — und das ist die grausame Ironie dieses Vorgangs — durch die eigentlichen Urheber und Verteidiger der Revolution, die sich genau so kurzschichtig, genau so engherzig, genau so mit partikularen Scheu-

klappen behaftet zeigen wie die Männer, die sie selbst früher wegen der gleichen Fehler rückwärts losgelassen haben.

In Wahrheit kann das Deutsche Reich auf diese Weise bald eine Unmenge bankrotter Betriebe auf dem Kasse haben. Das ist dann die Sozialisierung des Bankrotts, von der Kautsky auf dem Rätekonferenz sprach. Es ist zugleich der Bankrott der Sozialisierung, denn fast alle Großunternehmungen arbeiten jetzt mit geradezu lächerlich großen Fehlbeträgen, und je mehr davon der Staat auf sich nimmt, desto ausichtsloser wird auch seine Lage. Allein die Staatsbahnen haben ja gegenwärtig ein Defizit von 3 Milliarden Mark im Jahre, und die anderen Staatsunternehmungen werden nicht besser abschneiden. Noch eine kurze Weile so weiter, und der allgemeine Bankrott steht vor der Tür. Dann ist es gleichgültig, wer regiert — an eine Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens ist in absehbarer Zeit doch nicht mehr zu denken.

Die katastrophale Wirkung des Ruhrstreiks.

Essen a. Ruhr, 21. April. Von betrübter Seite werden wie im Verlaufe nachstehender Mittheilung erzählt: Die in den letzten Tagen verbreiteten Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet über die wirtschaftliche Lage des Kohlenbergbaues müssen jedermann den außerordentlichen Ernst unserer Lage zum Bewußtsein bringen. Die Redaktionen lassen erkennen, wie weit der durch die endlosen Streiks und Lohnforderungen hervorgerufene Versorgungsprozess schon gediehen ist. Der erste Konkurs im Ruhrbergbau hat die Vorhomer Bergbau-Aktiengesellschaft betroffen. Sie ist, wie das sozialdemokratische „Vochumer Volksblatt“ schreibt, zu Tode gestreift worden. Es sei wohl nicht damit zu rechnen, daß die Grube jemals wieder in Betrieb genommen werden könne. Die Besse Bankenburg hat derartige Verluste gehabt, daß sie die Frage der Einstellung des Betriebes auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung setzen mußte. Die Generalversammlung Matthias Stinnes, eine der alten Bechen des Stinneschen Familienbesitzes, sieht sich veranlaßt, die Einführung von Zuhilfen zu beantragen. Die Gewerkschaft Graf Schwerin und die Bergwerkschaft Mont Ceis, zwei der bestfundierten und ertragreichsten Bechen des Ruhrgebietes, sind nicht in der Lage, für das erste Viertel 1919 eine Ausbeute zur Verteilung zu bringen. Auf der Gewerkschaft Deutscher Kaiser hat die Veranlassung den Arbeitern zur Kenntnis gebracht, daß sich ihre Verluste von Beginn der Revolution an bis Ende März auf 35 bis 36 Millionen Mark belaufen. Die Unternehmungen stehen vor dem Ende ihrer Existenzmöglichkeit. Die Lage der Arbeiterschaft hat sich durch die erzwungenen Lohnhöhungen nicht gebessert, sondern die Belegschaften befinden sich infolge der unangenehmen Streikunruhen in einer unbeschreiblichen Notlage. Die Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Süddeutsche Aktiengesellschaft besitzt die Verluste, die ihre Belegschaften allein für die Monate November, Dezember und Januar aufzuweisen haben, auf mindestens 30 Millionen Mark. Auf dem Berliner Rätekongress wies Reichsminister Wissel darauf hin, daß die Forderungen der Bergarbeiter eine Reihe von Betrieben tatsächlich bereits vernichtet haben. Einzelne Betriebe, welche im November noch eine Reserve von 15 Millionen Mark hatten, hätten heute ein Bankrott von 12 Millionen Mark. Die Banken verweigerten jeden weiteren Kredit. Die von den streikenden Bergarbeitern gestellten Forderungen — 25 Prozent Lohnhöhung und Kürzung der Schicht auf 6 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt — würden eine neue Belastung der Ruhrbecken um eine Milliarde Mark mit sich bringen. Wenn nun aber

die bisherige Lohnhöhe und das Zugehörigkeit der 7 1/2 stündigen Schicht schon die aus den erwähnten Maßnahmen hervorgehenden katastrophalen Wirkungen ausüben konnten, wieviel mehr würde der völlige Ruin unseres Kohlenbergbaues und die damit im großen Umfange eintretende Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern durch solche ungeheuren weiteren Kosten beschleunigt werden.

Deutsches Reich

Berlin. (Sofortige Einberufung der Nationalversammlung gewünscht.) Wie hier verlautet, ist dem im Augenblick zwischen dem Präsidenten der Nationalversammlung und dem Präsidenten der Reichsregierung Verhandlungen wegen sofortiger Einberufung der Nationalversammlung statt. Eine Anzahl der Abgeordneten hat sich telegraphisch an den Präsidenten Fehrenbach gewandt und ersucht, die Nationalversammlung auf den kommenden Sonntag einzuberufen.

(Volksabstimmung über die Friedensbedingungen?) Die Nachrichten, die in den letzten Tagen über die Beschaffenheit des in den vorliegenden Friedensbedingungen von der feindlichen und neutralen Presse verbreitet worden sind, haben der Reichsregierung Veranlassung gegeben, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob Regierung und Nationalversammlung allein imstande seien, die Verantwortung über die Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen zu tragen, und ob nicht vor Abschluß des Friedensvertrages erst eine Volksabstimmung veranstaltet werden soll. Ein bestimmter Entschluß ist vom Kabinett noch nicht gefaßt, doch sind alle Vorbereitungen getroffen, um sofort nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen eine Volksabstimmung vornehmen zu können.

(Der Reichsernährungsminister über unsere Ernährungslage.) Der Ernährungsminister Robert Schmidt hielt vor Vertretern der Presse einen energiegeladen Vortrag über unsere Ernährungslage. Er kündigte dabei an, daß der freie Handel in umfassender Masse für die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln herangezogen werden soll. Unsere Kartoffelversorgung reicht noch etwa bis Mitte oder Ende Mai. Als Ersatz soll Mehl gegeben werden, während für das Fleisch Reis und Hülsenfrüchte zur Verteilung kommen sollen. Der Minister begründete weiter den hohen Preis für das amerikanische Mehl, der notwendig gewesen sei, da ein Teil des Mehles für die Heerernährung gebraucht wird und eine Erhöhung des Brotpreises vermieden werden soll. Im anderen Falle hätte das Reich die Differenz zu zahlen, die mindestens etwa 2 Milliarden betragen hätte. Allgemein kann das Ergebnis unserer Ernährungssichtungen nicht als ungünstig bezeichnet werden, jedenfalls ist es wesentlich besser als in einem der letzten Jahre. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß im Innere endlich Ruhe eintritt und die ewigen Streiks aufhören, damit unser Kredit und unsere Valuta im Ausland gehoben wird. Tritt allerdings diese Verunsicherung nicht ein, dann würden wir uns bedenklich dem Ruin nähern.

Aus Nah und Fern

Sachsen, 22. April. Theater. Die hier schon bestbekannte Theatergesellschaft Hugo Lauterbach gibt heute abend im „Königsplatz“ ihre Eröffnungsvorstellung. Zur Aufführung kommt das Ritterhausspiel „Der Trompeter von Säckingen“, das bereits in Bernsdorf und Müllers St. Micheln während der Ostertage vor ausverkauftem Hause mit großem Beifall gegeben wurde. Hoffentlich ist auch hier der Besuch recht guter. Die Stadtkapelle veranstaltet heute abend im Schützenhaus Lichtenstein und morgen in

Durch fremde Schuld.

4. Nachdruck verboten. Aber es war zu spät. Unten raste schon das Auto mit dem ungeliebten Freund davon, und er war mit seinen Zweifelqualen allein.

Mechanisch tauchte er sein Taschentuch in ein vor ihm stehendes Glas Wasser, kühlte seine heiße Stirn und öffnete dann, seine Aufregung gewaltsam niederwerfend, die Seitentür.

„Bitte, lassen Sie die Herrschaften eintreten.“

Gerannt von Grote hatte die Fenster des Autos hochgezogen, nachdem er dem Chauffeur laut die Adresse der Deutschen Bank zugerufen, bei der das gefällteste Akzept domiciliert war. O, er war vorsichtig. B. Nicht beobachtete ihn irgendwer an den Fenstern des Bureaus, und obwohl er gar nicht daran dachte, das Papier einzulösen, das übrigens nicht morgen, sondern erst zwei Tage später fällig war, so wollte er doch den Schein wahren, als ob er heute schon die Angelegenheit ins reine brächte. Als das Gefährt um die Ecke bog, lehnte er sich behaglich in die Rückenlehne. Wie eine Zentnerlast fiel es ihm vom Herzen. Sein großer Coup war gelungen; in seiner Brusttasche missterten die Banknoten, die ihn vor dem drohenden Bankrott retteten, und übermorgen schon trug ihn der Schnellzug weit fort,

nach dem fernem Südamerika, wo ein neues, hoffnungsvolles Leben seiner harrte.

Es war die höchste Zeit, daß er sich aus dem Staub machte. Er war ein verlorener Mann, wenn er blieb. Dank seines wahrhaftigen verlustreichen Börsenspiels, seiner sonstigen kostspieligen Lebensweise und seiner Unfähigkeit als Landwirt, war er vollständig ruiniert. Die Restsumme für Verbesserungen hatte er um einen Spottpreis längst einem drängenden Wucherer zediert, und von Graben zu Grab hörte ihm kein Ziegel auf dem Dach u. kein Fußbreit Land mehr. Sodas er, wenn seine Lage allgemein bekannt würde, als ein Bettler seinen Gläubigern gegenüberstand.

Und die Forderung! In längstens drei Tagen war sie entbitt, und wenn er erst hinter Schloß und Riegel lag, dann — o, es war nicht auszudenken! Und jetzt war er gerettet. Gerettet durch den törichtesten Geschäftsmenschen, diesen Wiener, der die ihm gewidmete Rente für blutigen Ernst genommen hatte. Es war freilich ein bißchen hart für den dummen Kerl — und wenn er übermorgen erfuhr — — daß, so ein Rechtsverdrinker sich ja herauswinden wolle! Unter solchen Gedanken kam der gewissenlose Schurke bei der Bank an. Sie war bereits geschlossen. Als ob er das nicht gemerkt hätte! Dem Chauffeur gegenüber strich er: indessen den Verdrinker und gab ihm eine neue Adresse an.

Ein Viertelstunde später hielt das Auto vor einem vornehmen Hause des Westens, in das sich Grote begab, nachdem er den Wagenlenker reichlich entlohnt hatte. Offenbar war der Gutsbesitzer hier wohlbekannt. Der Portier begrüßte ihn mit abgezogener Mütze äußerst respektvoll und antwortete auf die kurze Frage des Ankömmlings: „Zu Hause?“ mit einem verständnisvollen Nicken nach oben:

„Nur wohl, gnädiger Herr!“

Grote stieg zur zweiten Etage hinauf und blieb noch einige Augenblicke sinnend vor einer Tür stehen, an der ein elegantes kleines Schild den Namen der Bewohnerin, „Bella Belmont“, verkündete. Dann drückte er energisch auf den Knopf der elektrischen Glocke. Ein hübsches Mädchen öffnete und begrüßte den Gutsbesitzer mit einem freundlichen Lächeln. War er doch ein sehr freigebiger Besucher.

„Das gnädige Fräulein ist zu Hause“, sagte sie, als sie die Tür eines allerliebsten Vorzimmers öffnete, und dem willkommenen Gast Hut und Ueberzieher abnahm. „Soll ich —“ „Es ist gut, Wally“, unterbrach Grote die Jüdin. „Sie können gehen, ich werde mich selbst anmelden.“ Die Kleine verschwand und ließ den Gast allein. Er trat vor den kostbaren Stehspiegel des Gemaches, ordnete sein etwas derangiertes Haar, strich seine blonden Schnurrbart hoch und musterte mit einem gewissen Wohlgefallen seine hässliche Figur. Er sah